

**Niemcy-Monachium: Usługi publicznego transportu kolejowego**

OJ S 115/2017 17/06/2017

Ogłoszenie o zamówieniu

Usługi

**Podstawa prawna:**

Dyrektywa 2014/24/UE

**Sekcja I: Instytucja zamawiająca**

---

**I.1. Nazwa i adresy**

Oficjalna nazwa: Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG)

Adres pocztowy: Boschetsrieder Straße 69

Miejscowość: München

Kod NUTS: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Kod pocztowy: 81379

Państwo: Niemcy

Osoba do kontaktów: Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG)

E-mail: [ausschreibung@bahnland-bayern.de](mailto:ausschreibung@bahnland-bayern.de)

Tel.: +49 897488250

Faks: +49 8974882551

**Adresy internetowe:**Główny adres: <http://www.bahnland-bayern.de>**I.3. Komunikacja**Dostęp do dokumentów zamówienia jest ograniczony. Więcej informacji można uzyskać pod adresem: <http://www.staatsanzeiger-eservices.de/sol.html>

Więcej informacji można uzyskać pod adresem podanym powyżej

Oferty lub wnioski o dopuszczenie do udziału w postępowaniu należy przesyłać na adres podany powyżej

**I.4. Rodzaj instytucji zamawiającej**

Organ władzy regionalnej lub lokalnej

**I.5. Główny przedmiot działalności**

Inna działalność: Aufgabenträger Schienenpersonennahverkehr

**Sekcja II: Przedmiot**

---

**II.1. Wielkość lub zakres zamówienia****II.1.1. Nazwa**

Wettbewerbliche Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen der S-Bahn München („1. MSBV“)

**II.1.2. Główny kod CPV**

60210000 Usługi publicznego transportu kolejowego

**II.1.3. Rodzaj zamówienia**

Usługi

#### **II.1.4. Krótki opis**

Die durch die Auftraggeber zu vergebenden Leistungen umfassen den fahrplanmäßigen Betrieb auf dem Netz der S-Bahn München.

Die Leistungen werden sich in der ersten Betriebsstufe voraussichtlich aus folgenden derzeitigen Linien zusammensetzen:

- KBS 999.1 (S 1),
- KBS 999.2 (S 2),
- KBS 999.3 (S 3),
- KBS 999.4 (S 4),
- KBS 999.6 (S 6),
- KBS 999.7 (S 7/S 20),
- KBS 999.8 (S 8).

Details zu den einzelnen KBS sind dem Bayern-Kursbuch 2017 zu entnehmen.

Mit Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke (voraussichtlich im Dezember 2026) wird es eine zweite Betriebsstufe mit deutlich ausgeweitetem Betriebsprogramm und Liniennetz geben. Die Einzelheiten und die detaillierte Ausgestaltung der zweiten Betriebsstufe stehen derzeit noch nicht fest.

Die Verkehrsleistungen haben zu Beginn der ersten Betriebsstufe einen Umfang von ca. 21,3 Mio. Zugkm/Jahr.

#### **II.1.5. Szacunkowa całkowita wartość**

#### **II.1.6. Informacje o częściach**

To zamówienie podzielone jest na części: nie

#### **II.2. Opis**

#### **II.2.3. Miejsce świadczenia usług**

Kod NUTS: DE2 Bayern

Główne miejsce lub lokalizacja realizacji: München

#### **II.2.4. Opis zamówienia**

Die zu erbringenden Verkehrsleistungen umfassen den Betrieb des gesamten Netzes der S-Bahn München auf den unter II.1.4) genannten Linien und in dem dort genannten Umfang. Die Leistungen sind frühestens ab dem Beginn des Fahrplanjahres 2020 zu erbringen. Der Vertrag endet vsl. frühestens zum Ende des Fahrplanjahres 2027 und spätestens zum Ende des Fahrplanjahres 2034. Die exakte Laufzeit des Vertrages wird Gegenstand der Verhandlungen sein.

Der abzuschließende Verkehrsdurchführungsvertrag wird als „Brutto-Vertrag“ ausgestaltet, d. h. der Auftraggeber trägt das Risiko der Entwicklung der Fahrgeldeinnahmen.

Der Verkehrsdurchführungsvertrag wird detaillierte Vorgaben zur Qualität der zu erbringenden Verkehrsleistungen enthalten.

Der Verkehrsdurchführungsvertrag soll anfänglich auch Verpflichtungen zur Erbringung von Vertriebsleistungen enthalten. Der Auftraggeber wird sich aber vorbehalten, diese Leistungen während der Laufzeit des Verkehrsdurchführungsvertrags abzubestellen und gesondert zu vergeben.

Für die Erbringung der Verkehrsleistungen ist zunächst der Einsatz von Gebrauchtfahrzeugen mit einem Baujahr ab 1993 zugelassen. Während der Laufzeit des

Verkehrsdurchführungsvertrags sind durch das ausgewählte Verkehrsunternehmen Neufahrzeuge zu beschaffen. Die Einzelheiten der Beschaffung der Neufahrzeuge werden Gegenstand der Verhandlungen sein.

Der Auftraggeber beabsichtigt (vorbehaltlich einer Abstimmung mit der Finanzverwaltung), die für die Beschaffung der Neufahrzeuge erforderliche Finanzierung zu organisieren und dem ausgewählten Verkehrsunternehmen beizustellen. Am Ende der Laufzeit des Verkehrsdurchführungsvertrags werden die beschafften Neufahrzeuge im Rahmen der Vergabe des Folgeauftrags („2. MSBV“) allen interessierten Bewerbern zur Nutzung zur Verfügung stehen.

#### **II.2.5. Kryteria udzielenia zamówienia**

Kryteria określone poniżej

Cena

#### **II.2.6. Szacunkowa wartość**

#### **II.2.7. Okres obowiązywania zamówienia, umowy ramowej lub dynamicznego systemu zakupów**

Początek: 15/12/2019 Koniec: 12/12/2027

Niniejsze zamówienie podlega wznowieniu: tak

Opis wznowień:

\* Zur Vertragslaufzeit siehe Erläuterungen in den Feldern II.2.4) und VI.3).

#### **II.2.10. Informacje o ofertach wariantowych**

Dopuszcza się składanie ofert wariantowych: nie

#### **II.2.11. Informacje o opcjach**

Opcje: tak

Opis opcji:

Verringerung oder Erhöhung des Umfangs der zu erbringenden fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen; Verringerung oder Erhöhung der zu erbringenden Platzkapazitäten; Veränderungen der Linienführungen; Veränderungen des Betriebskonzeptes im Rahmen einer „2. Betriebsstufe“; Bedienung von während der Vertragslaufzeit neu eingerichteten Haltestellen; Verringerung oder Erhöhung des Umfangs des Einsatzes von Service- und Sicherheitspersonal; Veränderung der durch den Auftragnehmer im Bereich Vertrieb zu erbringenden Leistungen; Veränderungen der sonstigen Leistungen des Auftragnehmers. Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

#### **II.2.13. Informacje o funduszach Unii Europejskiej**

Zamówienie dotyczy projektu/programu finansowanego ze środków Unii Europejskiej: nie

#### **II.2.14. Informacje dodatkowe**

### **Sekcja III: Informacje o charakterze prawnym, ekonomicznym, finansowym i technicznym**

---

#### **III.1. Warunki udziału**

##### **III.1.1. Zdolność do prowadzenia działalności zawodowej, w tym wymogi związane z wpisem do rejestru zawodowego lub handlowego**

Wykaz i krótki opis warunków:

Der Bewerber muss als Eisenbahnverkehrsunternehmen gemäß § 6 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) zugelassen sein oder belegen, dass diese nach § 6f AEG nicht benötigt wird. Der Bewerber muss darüber hinaus über eine Sicherheitsbescheinigung nach § 7a AEG verfügen.

Die Bewerber haben deshalb mit ihrem Teilnahmeantrag eine zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages gültige Zulassung als Eisenbahnverkehrsunternehmen in der

Bundesrepublik Deutschland gemäß § 6 AEG oder eine Zulassung nach § 6f AEG sowie eine zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages gültige Sicherheitsbescheinigung nach § 7a Abs. 1 oder Abs. 4 AEG vorzulegen.

Soll nur ein Mitglied / sollen nicht alle Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft für die Durchführung der fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen zuständig sein, müssen die für die Prüfung der Befähigung zur Berufsausübung erforderlichen Unterlagen nur für dasjenige Mitglied / diejenigen Mitglieder vorgelegt werden, das / die für die Durchführung der fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen zuständig sein soll / sollen.

### **III.1.2. Sytuacja ekonomiczna i finansowa**

Wykaz i krótki opis kryteriów kwalifikacji:

Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn nach der Einschätzung des Auftraggebers anzunehmen ist, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für seine laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hiesigen Auftrag verfügt und ggf. auftretende Vorlaufkosten und Anlaufverluste aufgefangen werden können.

Beruft sich ein Bewerber zum Beleg seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf diejenige eines Dritten, so hat der Bewerber die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit dieses Dritten durch Vorlage der sogleich dargestellten Dokumente mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Darüber hinaus ist dem Teilnahmeantrag eine Vereinbarung mit dem Dritten oder eine Verpflichtungserklärung des Dritten beizufügen, aus der hervorgeht, dass dem Bewerber tatsächlich die für den Auftrag erforderlichen Mittel des Dritten zur Verfügung stehen werden. Die Vereinbarung bzw. die Verpflichtungserklärung darf für die Dauer des ausgeschriebenen Vertrages von dem Dritten nicht einseitig aufgelöst/widerrufen werden können. Dies muss dem Wortlaut der Vereinbarung bzw. der Verpflichtungserklärung zu entnehmen sein.

Zudem hat sich der Dritte zu Gunsten des Auftraggebers in einer gesonderten und ebenfalls nicht widerruflichen Verpflichtungserklärung zu einer gesamtschuldnerischen Haftung für die Auftragsausführung gemeinsam mit dem Bewerber in dem Umfang bereit zu erklären, in dem er dem Bewerber die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Der Umfang der bereitgestellten Mittel ist in der Erklärung anzugeben. Mit Blick auf die sogleich unter Ziffer 2 gestellten Anforderungen an die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist ausreichend, wenn das beim Bewerber vorhandene positive Eigenkapital zu Zeitwerten gemeinsam mit den vom Dritten bereitgestellten Mitteln den unter Ziffer 2 der sogleich aufgestellten Anforderungen verlangten Wert erreicht. Auch diese Erklärung ist dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit einer Bewerbergemeinschaft ist es ausreichend, wenn die Anforderungen in der Summe der Bewerbergemeinschaftsmitglieder erfüllt werden.

Die in diesem Abschnitt genannten Eigenerklärungen dürfen nicht vor dem 1.1.2017 datieren.

Die Bewerber haben folgende Anforderungen zu erfüllen:

1. einen Mindestjahresumsatz in Höhe von 250 000 000 EUR im letzten vor der Abgabe des Teilnahmeantrags abgeschlossenen Geschäftsjahr und
2. ein positives Eigenkapital zu Zeitwerten, also unter Berücksichtigung etwaiger im Vermögen des Bewerbers vorhandener stiller Reserven in Höhe von 60 000 000 EUR zum Ende des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres des Bewerbers. Soweit in diesem Geschäftsjahr ein Verlust des Bewerbers ausgewiesen wurde, erhöht sich das geforderte Eigenkapital um den Betrag des Verlustes des letzten Geschäftsjahres, es sei denn der Bewerber weist nach, dass der Verlust durch den Gesellschafter oder durch Gewinne im laufenden Geschäftsjahr ausgeglichen wurde.

Minimalny poziom ewentualnie wymaganych standardów:

Siehe oben.

Die Bewerber haben zum Beleg, dass sie die aufgestellten Anforderungen erfüllen, die folgenden Unterlagen vorzulegen:

Grundfall:

1. eine Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers im letzten vor der Abgabe des Teilnahmeantrags abgeschlossenen Geschäftsjahr;
2. den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht, Erläuterungsteil, soweit vorhanden) für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr des Bewerbers, falls und soweit deren Veröffentlichung in dem Land, in dem der Bewerber niedergelassen ist, gesetzlich vorgeschrieben ist;
3. ggf. eine Eigenerklärung über die Art und die Höhe der im Vermögen des Bewerbers vorhandenen stillen Reserven (falls das buchmäßige Eigenkapital den gem. Ziffer 2 der obigen Anforderungen geforderten Mindestbetrag des Eigenkapitals nicht erreicht);
4. ggf. eine Eigenerklärung des Bewerbers, dass ein im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr des Bewerbers ausgewiesener Verlust durch den / die Gesellschafter des Bewerbers oder durch Gewinne im laufenden Geschäftsjahr ausgeglichen wurde.

Alternative 1:

Soweit für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr des Bewerbers kein Jahresabschluss erstellt worden ist oder ein Bewerber den Jahresabschluss ganz oder teilweise nicht vorlegen und sich zur Begründung darauf berufen möchte, dass dessen Veröffentlichung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, hat der Bewerber eine dies darstellende Eigenerklärung abzugeben.

In diesem Fall hat der Bewerber neben den in den obigen Ziffern 1, 3 und 4 genannten Unterlagen und anstelle der oben in Ziffer 2 genannten Unterlage eine Einnahmen-Überschussrechnung für das letzte vor der Abgabe des Teilnahmeantrages abgeschlossene Geschäftsjahr mit der Angabe des Ergebnisses des Unternehmens sowie eine Vermögensübersicht vorzulegen, die folgende Angaben enthalten muss:

- a) sämtliches Vermögen und Verbindlichkeiten bilanziert und bewertet gem. §§ 238 bis 289a HGB;
- b) Eigenkapital zu Buchwerten;
- c) Beschreibung und Erläuterung zu den in der Vermögensübersicht dargestellten Positionen und Angaben entsprechend §§ 284 bis 288 HGB.

Alternative 2:

Ist der Jahresabschluss des Bewerbers über das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages noch nicht erstellt und festgestellt, oder sind die Vermögensübersicht und die Einnahmen-Überschussrechnung – jeweils soweit nach den obigen Ausführungen vorzulegen – noch nicht erstellt, hat der Bewerber dies in einer Eigenerklärung mitzuteilen.

Sodann hat der Bewerber neben den in den obigen Ziffern 1, 3 und 4 genannten Unterlagen und anstelle der oben in Ziffer 2 genannten Unterlage folgende Unterlagen abzugeben:

- a) den Jahresabschluss (siehe oben, Ziffer 1) oder die Einnahmen-Überschussrechnung und die Vermögensübersicht – soweit nach den obigen Ausführungen vorzulegen – für das vorletzte abgeschlossene Geschäftsjahr;
- b) eine BWA in der die Umsatzerlöse und die betrieblichen Aufwendungen und das vorläufige Jahresergebnis für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr (ggf. vor Jahresabschlussbuchungen) angegeben sind, sowie

c) eine Eigenerklärung über das vorläufige Eigenkapital (zu Buchwerten) zum Abschluss des letzten Geschäftsjahres unter Berücksichtigung des vorläufigen Jahresergebnisses sowie der im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr getätigten Einlagen, Gewinnausschüttungen und sonstigen Entnahmen.

Ergänzung für alle Fälle:

Soweit sich aus den nach den obigen Anforderungen vorzulegenden Unterlagen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Bewerbers für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr nicht ergibt, sind die zur Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse erforderlichen zusätzlichen Angaben im Wege einer Eigenerklärung zu machen.

### **III.1.3. Zdolność techniczna i kwalifikacje zawodowe**

Wykaz i krótki opis kryteriów kwalifikacji:

Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn der Bewerber über die Erfahrungen sowie über die erforderlichen technischen Mittel verfügt, die zur Durchführung der hiesigen Leistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in angemessener Qualität erforderlich sind.

Der Nachweis, dass der Bieter bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags über die zur Durchführung der Leistungen erforderlichen personellen Mittel verfügt, muss nicht erbracht werden.

Minimalny poziom ewentualnie wymaganych standardów:

Die Bewerber haben zum Beleg ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit mit dem Teilnahmeantrag mindestens 2 Referenzen über die Erbringung von S-Bahn-Leistungen (= Eisenbahnverkehrsleistungen in Metropolregionen, die zugleich innerstädtische Verkehrsbedürfnisse bedienen und sich vom sonstigen Regionalverkehr insbesondere durch ihre im Durchschnitt höhere Verkehrsnachfrage, geringere Fahrtweite, dichtere Taktfolge und kürzere Haltestellenabstände unterscheiden) in den Jahren 2014, 2015, 2016 oder 2017 mit einem Leistungsvolumen von jeweils mindestens 10 000 000 Zugkm pro Jahr vorzulegen. Dazu sind für jede Referenz der jährliche Umfang der erbrachten Leistungen, der Erbringungszeitraum sowie der jeweilige Auftraggeber anzugeben. Die Referenzleistungen müssen nicht in allen eben genannten Jahren erbracht worden sein. Die Referenzen können entweder durch eine Erklärung des betreffenden Auftraggebers oder im Wege der Eigenerklärung benannt werden.

Außerdem haben die Bewerber zum Beleg dafür, dass sie über die erforderlichen technischen Mittel zur Durchführung der Verkehrsleistungen verfügen, eine Eigenerklärung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass sie zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags über mindestens 270 Fahrzeuge verfügen, die ab Dezember 2019 mindestens die folgenden Eigenschaften erfüllen:

- Mindestlänge der Fahrzeuge 65 Meter;
- Sämtliche Fahrzeuge müssen Bahnsteige mit einer nominalen Höhe von 960 mm über Schienenoberkante mit einem niveaugleichen Einstieg im Sinne der TSI PRM bedienen können;
- Die nachzuweisende Fahrzeugflotte muss die Umsetzung des zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags aktuellen Betriebsprogramms (Bayern-Kursbuch 2017, Tabellen 999.1 – 999.4 und 999.6. – 999.8) ermöglichen.

In der Eigenerklärung ist jeweils darzustellen, dass die geforderten Eigenschaften durch die vorhandenen Fahrzeuge erfüllt werden.

Beruft sich ein Bewerber zum Beleg seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf diejenige eines Dritten, so hat der Bewerber die technische und berufliche Leistungsfähigkeit dieses Dritten durch Vorlage der soeben dargestellten Dokumente mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Darüber hinaus ist dem Teilnahmeantrag eine Vereinbarung mit dem Dritten oder eine Verpflichtungserklärung des Dritten beizufügen, aus der hervorgeht, dass der Bewerber tatsächlich über die Erfahrungen des Dritten verfügen kann. Die Vereinbarung bzw. die Verpflichtungserklärung darf für die Dauer des ausgeschriebenen Vertrages von dem Dritten nicht einseitig aufgelöst/widerrufen werden können. Dies muss dem Wortlaut der Vereinbarung bzw. der Verpflichtungserklärung zu entnehmen sein. Sodann muss Personal des Dritten, das über die mit den Referenzen erlangte Erfahrung verfügt, bei der hiesigen Leistung eingesetzt werden. Auch dies muss aus der vorzulegenden Vereinbarung mit dem Dritten bzw. aus der alternativ vorzulegenden Verpflichtungserklärung hervorgehen.

Bei der Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit einer Bewerbergemeinschaft ist es ausreichend, wenn die Anforderungen in der Summe der Bewerbergemeinschaftsmitglieder erfüllt werden. Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit eines Mitglieds / einzelner Mitglieder der Bewerbergemeinschaft reicht / reichen zur Annahme der Eignung der Bewerbergemeinschaft allerdings nur aus, wenn dieses Mitglied / diese Mitglieder nach der internen Arbeitsverteilung der Bewerbergemeinschaft für die Durchführung der fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen zuständig sein soll / sollen. Dies ist mit dem Teilnahmeantrag darzulegen, wenn entsprechende Nachweise nur für ein Mitglied / einzelne Mitglieder der Bewerbergemeinschaft vorgelegt werden.

### **III.2. Warunki dotyczące zamówienia**

#### **III.2.1. Informacje dotyczące określonego zawodu**

Świadczenie usługi zastrzeżone jest dla określonego zawodu Odniesienie do odpowiednich przepisów ustawowych, wykonawczych lub administracyjnych:  
§ 6 AEG, siehe Abschnitt III.1.1)

## **Sekcja IV: Procedura**

---

### **IV.1. Opis**

#### **IV.1.1. Rodzaj procedury**

Procedura konkurencyjna z negocjacjami

#### **IV.1.3. Informacje na temat umowy ramowej lub dynamicznego systemu zakupów**

#### **IV.1.5. Informacje na temat negocjacji**

#### **IV.1.8. Informacje na temat Porozumienia w sprawie zamówień rządowych (GPA)**

Zamówienie jest objęte Porozumieniem w sprawie zamówień rządowych: nie

### **IV.2. Informacje administracyjne**

#### **IV.2.1. Poprzednia publikacja dotycząca przedmiotowego postępowania**

Numer ogłoszenia w Dz.Urz. UE – OJ/S: [2014/S 195-344775](#)

#### **IV.2.2. Termin składania ofert lub wniosków o dopuszczenie do udziału**

Data: 21/07/2017 Czas lokalny: 12:00

#### **IV.2.3.**

## **Szacunkowa data wysłania zaproszeń do składania ofert lub do udziału wybranym kandydatom**

**IV.2.4. Języki, w których można sporządzać oferty lub wnioski o dopuszczenie do udziału**  
Niemiecki

**IV.2.6. Minimalny okres, w którym oferent będzie związany ofertą**  
Oferta musi zachować ważność do: 30/06/2019

## **Sekcja VI: Informacje uzupełniające**

---

### **VI.1. Informacje o powtarzającym się charakterze zamówienia**

Jest to zamówienie o charakterze powtarzającym się: nie

### **VI.3. Informacje dodatkowe**

1) Der Vertrag kommt mit der Erteilung des Zuschlags zu Stande. Die Angabe zum Beginn der Laufzeit des Vertrages unter Abschnitt II.2.7) betrifft den Termin der Betriebsaufnahme.

2) Die Angabe unter Abschnitt IV.2.2) betrifft den Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge. Der Schlusstermin für den Eingang der Angebote wird den ausgewählten Bewerbern mit Übersendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe mitgeteilt.

3) Ergänzende Angaben zur Ausgestaltung der Teilnahmeanträge sowie zur Prüfung der Eignung der Bewerber sind unter <http://www.staatsanzeiger-eservices.de/sol.html> erhältlich.

4) Die nicht erfolgreichen Bewerber werden hierüber und über die Gründe für die Ablehnung ihres Teilnahmeantrags informiert.

5) Eine Angabe unter Abschnitt II.2.9) erfolgt nicht, da es keine erwartete Anzahl von Bewerbern gibt und eine Reduzierung der Zahl der qualifizierten Bewerber auf eine bestimmte Anzahl nicht geplant ist.

6) Im Hinblick auf eine spätere Angebotsabgabe ist bereits bei der Bildung einer Bietergemeinschaft zwingend zu berücksichtigen, dass der Entschluss zur Mitgliedschaft in der Bewerbergemeinschaft (später Bietergemeinschaft) für jedes der beteiligten Unternehmen eine im Rahmen zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegende Entscheidung sein muss. Sofern einer Bietergemeinschaft ausschließlich mehrere Unternehmen derselben Branche (gleichartige Unternehmen) angehören, ist ein derartiger Zusammenschluss nur zulässig, sofern – objektiv – ein jedes der beteiligten Unternehmen für sich aufgrund seiner betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse nicht leistungsfähig ist und erst der Zusammenschluss zu einer Bietergemeinschaft sie in die Lage versetzt, sich an diesem Vergabeverfahren zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall, dass die Bietergemeinschaft nicht ausschließlich, sondern teilweise aus gleichartigen Unternehmen besteht.

7) Im Teilnahmeantrag hat jeder Bewerber eine Eigenerklärung darüber abzugeben, ob für den jeweiligen Bewerber Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, nach § 98c des Aufenthaltsgesetzes, nach § 19 des Mindestlohngesetzes oder nach den §§ 123 und 124 GWB vorliegen. Sollten bei einem Bewerber oder einem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft Ausschlussgründe nach den §§ 123, 124 GWB vorliegen, ist außerdem zu erklären, ob und wenn ja, welche Maßnahmen zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB der jeweilige Bewerber ergriffen hat. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt FB 1, das unter der in Abschnitt VI.3) Nr. 3) genannten Internetseite erhältlich ist, zu verwenden. Berufet sich ein Bewerber zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf einen Dritten, ist dieses Formblatt zu den Fragen 2 und 3 (und ggf. 4 und 5) auch bezogen auf den Dritten auszufüllen und dem Teilnahmeantrag beizufügen.

## **VI.4. Procedury odwoławcze**

### **VI.4.1. Organ odpowiedzialny za procedury odwoławcze**

Oficjalna nazwa: Vergabekammer Südbayern bei der Regierung von Oberbayern

Miejscowość: München

Kod pocztowy: 80534

Państwo: Niemcy

E-mail: [vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de](mailto:vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de)

Tel.: +49 892176-2411

Faks: +49 892176-2847

Adres internetowy: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/behoerde/mittelinstantz/vergabekammer/>

### **VI.4.3. Składanie odwołań**

Dokładne informacje na temat terminów składania odwołań:

Es gelten die Regelungen der §§ 155 ff. GWB. (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen).

Auf die Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Nachprüfungsantrages zur Vergabekammer gemäß §§ 160 f. GWB wird hingewiesen, namentlich auf die Regelung des § 160 Abs. 3 GWB, die folgenden Wortlaut hat:

„(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsverfahrens erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“

## **VI.5. Data wysłania niniejszego ogłoszenia**

16/06/2017